

Warum die AfD eine Gefahr für die Demokratie ist

Einleitung

Die Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) trat 2013 als Kritikerin der Euro-Rettungspolitik an. Inzwischen wird sie von den meisten Landesämtern für Verfassungsschutz beobachtet und Anfang Mai 2025 vom **Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)** sogar als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft. Nach einer Klage der Partei wurde diese Einstufung zwar vorläufig ausgesetzt, aber die zuständigen Gerichte bestätigten die Beobachtung der AfD als „Verdachtsfall“ ¹ ² .

Diese Arbeit analysiert die Dokumente im GitHub-Repository **AfD-Verbotsverfahren-Grundlagenforschung** und verknüpft sie mit zuverlässigen Quellen, um zu zeigen, dass die AfD nicht nur vereinzelte extremistische Entgleisungen besitzt, sondern programmatisch, personell und kommunikativ eine durchgängige Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt.

1 Ideologische Grundlagen und Programm

1.1 „Ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis“

Laut dem BfV sei das vorherrschende Volksverständnis in der AfD **ethnisch und abstammungsbezogen** und damit unvereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ³ . Die Sicherheitsbehörde betonte, dass die Partei deutsche Staatsangehörige mit Migrationsgeschichte als nicht gleichwertige Angehörige des deutschen Volkes betrachte und ihnen eine gesellschaftliche Teilhabe verwehre ³ ⁴ . Dieses „ausgrenzende Volksverständnis“ ist Ausgangspunkt einer kontinuierlichen Agitation gegen Migrantinnen, Musliminnen, Schwarze und queere Menschen ⁵ .

Die im Repository zusammengefasste **Stichpunktliste der 15 Verbotsgründe** benennt als ersten Punkt „verfassungswidrige Zielsetzung“: Die AfD strebe eine **ethnisch-kulturell homogene Volksgemeinschaft** und lehne pluralistische Vielfalt ab ⁶ . Weitere Punkte nennen systematische Hetze gegen Migrant*innen, antisemitische Codes, Beziehungen zu rechtsextremen Netzwerken und paramilitärische Strukturen ⁷ . Diese Struktur macht deutlich, dass die verfassungswidrige Zielsetzung nicht nur aus einzelnen Äußerungen resultiert, sondern programmatisch verankert ist.

1.2 Nationalistische Geschichtspolitik

AfD-Funktionäre relativieren regelmäßig die Verbrechen des Nationalsozialismus. Der damalige Parteichef Alexander **Gauland** bezeichnete die zwölf Jahre NS-Herrschaft als „nur einen **Vogelschiss in über 1000 Jahren deutscher Geschichte**“ ⁸ . Zuvor hatte er die Integrationsbeauftragte Aydan Özoguz (SPD) aufgefordert, nach einer Reise ins Eichsfeld „**in Anatolien entsorgt**“ zu werden ⁹ . Der Begriff „entsorgen“ für eine deutsche Staatsbürgerin mit türkischen Wurzeln entmenslicht und verweist auf die Sprache der ethnischen Säuberung.

Björn Höcke, Fraktionschef der AfD Thüringen, forderte 2017 eine „erinnerungspolitische 180-Grad-Wende“ und bezeichnete das Berliner Holocaust-Mahnmal als „**Denkmal der Schande**“ ¹⁰ . Er argumentierte, die Deutschen seien das einzige Volk, das sich selbst „ein solches Denkmal“ in die Hauptstadt gestellt habe, und forderte eine Abkehr von der Aufarbeitungspolitik. Die AfD tolerierte diese Aussagen und wählte Höcke im März 2024 zum Spitzenkandidaten bei der Europawahl.

Diese Beispiele zeigen, dass führende AfD-Vertreterinnen und -Vertreter ein revisionistisches Geschichtsbild propagieren. Die bewusste Relativierung des Nationalsozialismus und die Verherrlichung einer „tausendjährigen“ deutschen Geschichte ohne Bruch sind nicht vereinbar mit der Verantwortung vor der Geschichte, die das Grundgesetz formuliert.

2 Systematische Hetze und Menschenfeindlichkeit

2.1 Rassistische und Gewalt fördernde Aussagen

Das Repository enthält hunderte Zitate von AfD-Funktionär*innen. Einige der schwerwiegendsten lassen sich durch journalistische Quellen bestätigen:

- **Kai Borrmann (AfD Berlin)** schrieb auf Twitter über den rechtsextremen Massenmörder Anders Breivik: „Dass er ein Mörder war, beweist ja nicht, dass er politisch falsch lag.“ Die *Frankfurter Rundschau* bestätigte, dass Borrmann diesen Tweet verfasst hat und zuvor eine schwarze Journalistin rassistisch attackierte ¹¹ .
- **Jens Maier**, ehemaliger AfD-Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Richter, erklärte bei einer Parteiveranstaltung, der „**Schuldkult**“ müsse beendet werden und man werde die „Herstellung von **Mischvölkern**“ verhindern ¹² . Später lobte er die NPD als einzige Partei, die „immer für Deutschland gestanden“ habe ¹³ .
- **Nicolaus Fest**, AfD-Abgeordneter im Europäischen Parlament, schrieb laut *Tagesspiegel*, Gruppen türkischer, arabischer und afrikanischer Jugendlicher seien „**primitiv und böse**“ und man habe keine „Gastarbeiter, sondern Gesindel“ gerufen ¹⁴ .
- **Alice Weidel** soll in einer 2013 geleakten E-Mail die Bundesregierung als „**Schweine**“ und „Marionetten der Siegermächte“ bezeichnet und behauptet haben, Deutschland werde gezielt mit „kulturfremden Völkern“ geflutet, um molekulare Bürgerkriege auszulösen ¹⁵ . Weidel verweigerte laut ZDF eine klare Distanzierung von der Nachricht.
- **Peter Boehringer**, langjähriger Bundestagsabgeordneter, bezeichnete Bundeskanzlerin Angela Merkel 2016 in einer internen Mail als „**Merkelnutte**“, warf ihr die „Penetration des Volkskörpers“ vor und sprach von „Genozid“, der sich innerhalb von zehn Jahren vollenden werde ¹⁶ .
- **Beatrix von Storch**, AfD-Vizefraktionschefin, bejahte im Interview die Frage, ob Polizisten an der Grenze „notfalls gegen Frauen“ schießen sollten; später korrigierte sie, es gehe nur um Frauen, nicht um Kinder ¹⁷ .
- **André Poggenburg**, damaliger Landeschef in Sachsen-Anhalt, beschimpfte deutsche Türken beim politischen Aschermittwoch 2018 als „**Kameltreiber**“ und „Kümmelhändler“ und sagte, sie sollten „zurückgehen, wohin sie gehören“ ¹⁸ .

- **Andreas Winhart**, bayerischer AfD-Abgeordneter, bezeichnete schwarze Menschen in einer Wahlkampfveranstaltung als „Neger“ und warnte, ein Husten könne gefährlich sein; Migranten aus Albanien und Kosovo würden deutschen Senior*innen die „Bude ausräumen“ ¹⁹.

Die Liste ließe sich fortsetzen. Diese Aussagen sind keine Ausrutscher, sondern Teil einer systematischen Rhetorik der Entmenschlichung, die Migrant*innen als „Invasoren“ beschreibt und ethnische Minderheiten bedroht. Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes zielt diese Agitation darauf ab, bestimmte Bevölkerungsgruppen aus der Gesellschaft auszuschließen ⁵.

2.2 Antisemitische Codes

Mehrere AfD-Politiker verbreiten antisemitische Verschwörungsmythen. Der frühere Abgeordnete **Wolfgang Gedeon** schrieb in einem Buch, dass „Zionisten“ den Islamismus als „Massenwaffe“ zur Auflösung der christlichen Fundamente bräuchten und man „anti-zionistisch sein“ müsse, um die Islamisierung zu bekämpfen ²⁰. Die *taz* und andere Medien dokumentierten, dass AfD-Funktionäre Chiffren wie „Globalisten“, „Systemmedien“ und „Weltfinanzkapital“ verwenden – klassische antisemitische Codes – um vermeintliche Eliten zu benennen ²¹.

3 Beziehungen zu rechtsextremen Netzwerken und paramilitärische Strukturen

3.1 Der „Flügel“ und die Identitäre Bewegung

Der interne Zusammenschluss „Der Flügel“ um Björn Höcke wurde 2020 von der AfD offiziell aufgelöst, blieb aber laut Verfassungsschutz ein Netzwerk „hochradikaler Mitglieder“ ²². Die Jugendorganisation *Junge Alternative* (JA) ist seit 2019 Verdachtsfall und wurde 2023 von mehreren Landesämtern als **gesichert rechtsextremistisch** eingestuft. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte im Mai 2025 die Einstufung der AfD, der JA und des Flügels als verfassungsfeindliche Bestrebungen und wies die Klagen der Partei gegen die Beobachtung endgültig ab ².

Recherchen des *Spiegel* zeigen, dass trotz eines formalen Kooperationsverbots viele AfD-Funktionäre seit Jahren enge Kontakte zur **Identitären Bewegung** pflegen. In Mecklenburg-Vorpommern demonstrieren AfD-Mitglieder und Identitäre gemeinsam; der AfD-Politiker André Poggenburg forderte eine Solidarität mit der Identitären Bewegung, weil beide die „Wahrung der nationalen Identität“ und „Remigration“ vertreten ²³.

3.2 Paramilitärische Szenen und Kampfsportnetzwerke

Die AfD-Jugend beteiligt sich laut *taz* an rechtsextremen Gedenkveranstaltungen wie dem „Tag der Ehre“ in Budapest. Dort marschieren Neonazis zusammen mit der paramilitärischen Truppe **Légió Hungária** und dem ungarischen Ableger des verbotenen Netzwerks „Blood & Honour“ ²⁴. Junge Alternative-Funktionäre reisen zu solchen Ereignissen und üben gemeinsam Kampftechniken ²⁵. Diese Verbindungen verdeutlichen das paramilitärische Potenzial, das im Repository als fünfter Verbotgrund genannt wird ²⁶.

4 Angriff auf Rechtsstaat und demokratische Institutionen

Die AfD diffamiert regelmäßig Gerichte, öffentlich-rechtliche Medien und die Bundesregierung. Der Thüringer Landesvorsitzende **Björn Höcke** sprach laut einem internen Zitat (im Repository belegt) von einem „politischen Gericht“ und behauptete, der Staat sei von „Globalisten“ übernommen – eine

Delegitimierung des Rechtsstaats. Der Bundestagsabgeordnete **Martin Reichardt** bezeichnete die Bundesregierung als „Deutschlandzerstörer“ und rief dazu auf, das „Land zurückzuholen“. Während diese konkreten Zitate aus internen Recherchen stammen, spiegeln sie die generelle Stoßrichtung: Die AfD stellt demokratisch gewählte Institutionen als illegitim dar und ruft zur Selbstermächtigung des „Volkes“ auf.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz weist darauf hin, dass die AfD mit der diffamierenden Verwendung von Begriffen wie „Messermigranten“ und der Unterstellung einer „gewaltbedingten ethnokulturellen Neigung“ gegen die Menschenwürde verstößt ²⁷. Nach Einschätzung des BfV zielt die Partei darauf, irrationale Ängste zu schüren und die Gesellschaft zu spalten ⁵.

5 Einstufung als extremistische Bestrebung und juristischer Kontext

Seit 2021 wird die AfD als **rechtsextremistischer Verdachtsfall** beobachtet. Im Mai 2025 stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz die Partei erstmals bundesweit als **„gesichert rechtsextremistische Bestrebung“** ein. Der Inlandsnachrichtendienst begründete die Einstufung mit dem ethnischen Volksverständnis und der systematischen Abwertung von Bevölkerungsgruppen ²⁸. Reuters berichtet, dass das 1 100 Seiten umfassende Gutachten der Sicherheitsbehörde die AfD als „rassistische und anti-muslimische Organisation“ charakterisiert ²⁹. Der Bericht betont, dass die AfD irrationale Ängste schüre, die Menschenwürde verletze und ganze Bevölkerungsgruppen dehumanisiere ³⁰.

Wenige Tage später setzte das BfV die öffentliche Verwendung der Einstufung nach einer Eilanordnung des Kölner Verwaltungsgerichts vorübergehend aus. Laut Reuters darf die Behörde die AfD bis zum endgültigen Urteil nicht als „bestätigt rechtsextremistisch“ bezeichnen, obgleich die Beobachtung weiterläuft ¹. Die damit verbundene Aussetzung der Überwachungsmaßnahmen wird erst nach der gerichtlichen Entscheidung aufgehoben ³¹.

Gleichzeitig bestätigte das Bundesverwaltungsgericht am 20. Mai 2025 die vorinstanzlichen Urteile des OVG Münster und wies die Beschwerden der AfD gegen die Beobachtung als Verdachtsfall zurück ². Damit steht fest, dass die Einstufung rechtlich zulässig ist und der Verfassungsschutz die Partei und ihre Teilorganisationen beobachten darf.

6 Gesellschaftliche Auswirkungen und demokratische Gefährdung

6.1 Polarisation und Vertrauensverlust

Der Erfolg der AfD führt zu einer erheblichen Polarisierung der deutschen Gesellschaft. Die ständige Diffamierung von Minderheiten und politischen Gegnern schürt Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und Medien. Die BfV-Einstufung als extremistischer Verdachtsfall hat bereits juristische Auseinandersetzungen ausgelöst, die das Vertrauen in die Demokratie weiter belasten. Deutschlandfunk weist darauf hin, dass der Verfassungsschutz eine „Vielzahl fortlaufend getätigter fremden-, minderheiten- sowie islam- und muslimfeindlicher Äußerungen“ führender AfD-Funktionäre als Beleg für die gefährliche Tendenz der Partei heranzieht ³².

6.2 Sicherheitsrechtliche Implikationen

Mit der Einstufung als extremistischer Verdachtsfall sind erweiterte Überwachungsbefugnisse möglich – etwa der Einsatz von V-Leuten oder die Observation von Kommunikationsstrukturen ³³. Das Reuters-Interview weist darauf hin, dass die Einstufung nun auch Forderungen nach einem **Parteiverbot** lauter werden lässt ³⁴. Ein solches Verbot ist nach Art. 21 GG nur bei aktiv kämpferischer Aggression gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zulässig und muss vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen werden. Im Gegensatz zur 2017 verbotenen NPD ist die AfD jedoch kein Randphänomen, sondern zweitstärkste Kraft im Bundestag – dies erhöht die demokratische Gefahr erheblich ³⁵.

Fazit

Die Analyse des GitHub-Repositories sowie die Auswertung unabhängiger Quellen zeigen, dass die AfD **durchgängig rechtsextreme Positionen** vertritt und die Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates aktiv angreift. Ideologisch propagiert sie eine ethnisch definierte Volksgemeinschaft und relativiert die NS-Vergangenheit. Sie verbreitet systematisch rassistische, antisemitische und menschenfeindliche Narrative, die durch zahlreiche Zitate belegt sind. Personell ist sie eng mit rechtsextremen Netzwerken wie der Identitären Bewegung verknüpft; die Jugendorganisation beteiligt sich an paramilitärischen Veranstaltungen. Organisatorisch greift die Partei demokratische Institutionen an und stellt die Legitimität von Regierung, Justiz und Medien in Frage.

Die Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die AfD als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ zu behandeln, stützt sich auf ein umfangreiches Gutachten und wird durch gerichtliche Entscheidungen gedeckt. Auch wenn die rechtliche Einordnung noch nicht abgeschlossen ist, zeigen die vorliegenden Belege, dass die AfD eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie darstellt. Ein Parteienverbotsverfahren nach Art. 21 GG wäre vor diesem Hintergrund nicht politischer Opportunismus, sondern konsequente Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

¹ ³¹ German spy agency pauses 'extremist' classification for AfD party | Reuters

<https://www.reuters.com/world/europe/german-spy-agency-pauses-extremist-classification-afd-party-local-court-says-2025-05-08/>

² Pressemitteilung Nr. 54/2025 | Bundesverwaltungsgericht

<https://www.bverwg.de/pm/2025/54>

³ ²⁸ ³³ ³⁴ ³⁵ AfD laut Verfassungsschutz gesichert rechtsextremistisch – DW – 02.05.2025

<https://www.dw.com/de/afd-laut-verfassungsschutz-gesichert-rechtsextremistisch/a-72413368>

⁴ ⁵ ²⁷ ³² "Gesichert rechtsextremistisch" - So begründet das Bundesamt für Verfassungsschutz die Einstufung der AfD

<https://www.deutschlandfunk.de/so-begrueudet-das-bundesamt-fuer-verfassungsschutz-die-einstufung-der-afd-100.html>

⁶ ⁷ ²⁶ raw.githubusercontent.com

<https://raw.githubusercontent.com/LinoCasu/AfD-Verbotsverfahren-Grundlagenforschung/main/Gr%C3%BCnde.txt>

⁸ "Vogelschiss in der Geschichte" – DW – 02.06.2018

<https://www.dw.com/de/gauland-bezeichnet-ns-zeit-als-vogelschiss-in-der-geschichte/a-44054219>

⁹ Strategische Provokation der AfD: Die Grenze des Sagbaren | taz.de

<https://taz.de/Strategische-Provokation-der-AfD/!5436992/>

- 10 **Brandrede in Dresden: Der totale Höcke**
<https://www.tagesspiegel.de/politik/der-totale-hoecke-4912966.html>
- 11 **AfD-Mann bestätigt Breivik-Tweet: Morde kein Beweis, „dass er politisch falsch lag“**
<https://www.fr.de/politik/afd-kai-borrmann-berlin-mitte-rechtsextremismus-rechtsterrorismus-anders-breivik-92465539.html>
- 12 **AfD: Sächsischer AfD-Bundestagskandidat relativiert Taten von Anders Breivik - DER SPIEGEL**
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-saechsischer-afd-bundestagskandidat-relativiert-taten-von-anders-breivik-a-1144153.html>
- 13 **AfD: Frauke Petry will Rechtsausleger Jens Maier aus Partei ausschließen - DER SPIEGEL**
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-frauke-petry-will-jens-maier-aus-partei-ausschliessen-a-1148203.html>
- 14 **Anzeige wegen Volksverhetzung: Ermittlungen gegen Berliner AfD-Politiker Fest eingestellt**
<https://www.tagesspiegel.de/berlin/ermittlungen-gegen-berliner-afd-politiker-fest-eingestellt-5261023.html>
- 15 **Zehn Jahre AfD: Haben Sie die Mail geschrieben, Frau Weidel?**
<https://www.zdfheute.de/politik/weidel-email-afd-10-jahre-100.html>
- 16 **Peter Boehringer: E-Mail bringt AfD-Mann in Erklärungsnot - DER SPIEGEL**
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/peter-boehringer-e-mail-bringt-afd-mann-in-erklaerungsnot-a-1192686.html>
- 17 **Von Storch rudert bei Schusswaffen zurück – DW – 31.01.2016**
<https://www.dw.com/de/von-storch-rudert-bei-schusswaffengebrauch-zur%C3%BCck/a-19014917>
- 18 **Rassismusvorwürfe gegen André Poggenburg – DW – 15.02.2018**
<https://www.dw.com/de/rassismusvorwur%C3%BCfe-gegen-poggenburg-nach-kameltreiber-rede/a-42602495>
- 19 **Traunstein - Kein Verfahren gegen Winhart (AfD) wegen „Neger“-Äußerung - Politik - SZ.de**
<https://www.sueddeutsche.de/politik/traunstein-kein-verfahren-gegen-winhart-afd-wegen-neger-aeusserung-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-190212-99-956121>
- 20 **Der antisemitische Verschwörungsglauben des Dr. Wolfgang Gedeon (AfD) - Ruhrbarone**
<https://www.ruhrbarone.de/antisemitische-gedeon-afd/129332/>
- 21 22 **raw.githubusercontent.com**
https://raw.githubusercontent.com/LinoCasu/AfD-Verbotsverfahren-Grundlagenforschung/main/zusammenfassung_vfs_gutachten_afd.txt
- 23 **Identitäre Bewegung: Wie AfD-Leute und Rechtsextreme kooperieren - DER SPIEGEL**
<https://www.spiegel.de/spiegel/identitaere-bewegung-wie-afd-leute-und-rechtsextreme-kooperieren-a-1192683.html>
- 24 25 **Nazitreffen, Bundeswehrvortrag und Boxen: Wo der AfD-Nachwuchs sich rumtreibt | taz.de**
<https://taz.de/Nazitreffen-Bundeswehrvortrag-und-Boxen!/5994990/>
- 29 30 **German spy agency brands far-right AfD as 'extremist', opens way for closer surveillance | Reuters**
<https://www.reuters.com/world/europe/german-spy-agency-ranks-far-right-afd-extremist-2025-05-02/>